



**Rede des  
Bundesministers der Verteidigung,  
Dr. Thomas de Maizière,  
beim Politischen Forum Ruhr  
am  
Mittwoch, 6. Februar 2013,  
in Bochum**

**«Internationale Verantwortung wahrnehmen –  
Deutschlands Rolle in der Welt von heute»**

**Es gilt das gesprochene Wort**

**Sehr geehrte Damen und Herren!**

**„Wir können auch über Tage“. Dieses Motto des Politischen Forums Ruhr ist, wenn ich das sagen darf, richtig gut.**

**Es spiegelt ein Stück der Geschichte dieser Region und es bringt eine Haltung zum Ausdruck, die zu dieser Region passt und die mir gefällt:**

- Seine Zukunft anzupacken statt der Vergangenheit nachzutruern,**
- seiner Fähigkeiten bewusst zu sein statt die Schwächen zu kultivieren,**
- seine Chancen zu suchen statt nur die Risiken zu beschreiben.**

**Eine ähnliche Haltung braucht es, um in den Krisen und Konflikten der Sicherheitspolitik zu bestehen.**

**Krisen und Konflikte dominieren die Nachrichtenlage und damit oft genug auch die Diskussion.**

**Die Erfahrung lehrt: Krisen und Konflikte sind die Treiber der sicherheitspolitischen Debatte.**

**Aber: wir sollten aus der Erfahrung lernen und den sicherheitspolitischen Diskurs nicht erst im Ernstfall und am Einzelfall führen, sondern grundlegend, um mit aufkommenden Krisen besser umgehen zu können.**

**Iran, Mali, Syrien, Afghanistan, Libyen – wie hängt all das miteinander zusammen? Was ist unsere internationale Verantwortung im jeweiligen Konflikt?**

**Vor diesem Hintergrund will ich ganz grundsätzlich die Frage stellen:**

**Was ist die internationale Verantwortung unseres Landes und wie werden wir ihr gerecht? Auf diese Frage geben wir heute eine andere Antwort als noch vor einigen Jahrzehnten oder gar Jahren.**

**Ich will das natürlich am Beispiel unserer sicherheitspolitischen Verantwortung erläutern.**

**Im Grundgesetz heißt es zum Auftrag der Bundeswehr im Artikel 87a Absatz 1 Satz 1: *„Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“***

**Vom Moment der Wiederbewaffnung an bis 1990 bestand die konkrete Aufgabe der Bundeswehr vor allem darin, im Bündnis der NATO zur Abschreckung beizutragen.**

**Es ging um klassische Verteidigung: Staat gegen Staat, Armee gegen Armee,**

**Mann gegen Mann. Das Ziel war, einen Krieg in Mitteleuropa, auf deutschem Boden, zu verhindern. Die Bundeswehr musste kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen. Im Ergebnis hat das funktioniert, dank effektiver militärischer Abschreckung und kluger politischer Führung.**

**Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die bipolare Welt zerfallen. Was bedeutete das für das wiedervereinigte Deutschland?**

**Der Historiker Eberhard Jäckel warnte im November 1990 vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte vor Großmacht-Fantasien. Ich zitiere: *„Angst vor der eigenen Stärke zu haben, muss eine Leitlinie deutscher Politik sein.“* Zitat Ende.**

**Das war der Zeitgeist. Deutschland hielt sich zurück. So sehr, dass die Rede war vom „wirtschaftlichen Riesen Deutschland“, der sicherheitspolitisch ein „Zwerg“ sei. Die sogenannte „Scheckbuch-Diplomatie“, z.B. im Kontext des Irakkrieges von 1991, wurde dafür zum Symbol. Einige Nationen schickten Soldaten, Deutschland schickte Schecks.**

**Mancher sieht die Zurückhaltung der damaligen Bundesregierung hinsichtlich eines Einsatzes der Bundeswehr aus heutiger Sicht als Fehler an.**

**Was dabei vergessen oder vielleicht auch verschwiegen wird, ist die Tatsache, dass es vielen Nachbarn und heutigen Verbündeten, die uns heute wegen unserer Zurückhaltung kritisieren, ganz recht war, dass sich das wiedervereinigte Deutschland**

**zurückhielt, wenn es um Sicherheit und Militär ging. Ich denke etwa an die britische Premierministerin Thatcher.**

**Heute hingegen wissen unsere Verbündeten in Europa: Die Sicherheit Europas und der sicherheitspolitische Beitrag Europas in der Welt ist ohne Deutschland als starkes Land in der Mitte Europas nicht zu gestalten. Und sie fordern die sicherheitspolitische Verantwortung auch ein. Man liest es jeden Tag.**

**Wir werden gefragt, unser Einfluss ist erwünscht und anerkannt. Deutschland sollte sich nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen. Es ist normal und gut, dass sich unser Selbstverständnis und unser Selbstbewusstsein als Nation mit der Vereinigung Deutschlands gewandelt haben. Gut auch für Europa und die Welt.**

**Auf vielen Feldern übernimmt Deutschland heute politische Führung, in Europa und in der Welt: In der Europa- und Außenpolitik, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik – Stichwort Euro-Krise – oder in der Handels- und Entwicklungspolitik. Auch in der Umwelt- und Menschenrechtspolitik. Wir sind stolz darauf, die ganze Welt zu belehren in Sachen Menschenrechte und CO2-Austoß pro Kopf.**

**Als vereintes, souveränes und in jeder Weise erwachsenes Land und als eine der stärksten Volkswirtschaften tragen wir genauso auch Mitverantwortung für die Stabilität der internationalen Beziehungen und für die internationale Sicherheit weltweit.**

**Unsere Verfassung macht dies auch möglich. So heißt es im Artikel 24 Absatz 2: *„Der Bund kann sich zur Wahrung des***

***Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.“***

**Man beachte: Es wird weder eine regionale Begrenzung genannt noch eine Begrenzung der Mittel.**

**Das umfasst sehr viel: Zum einen den Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen der Bündnisverpflichtung im Falle eines bewaffneten Angriffes auf einen unserer **NATO-Partner** (Art. 24 Abs. 2 GG in Verbindung mit Art. 5 NATO-Vertrag) und zum anderen die Beteiligung deutscher Soldaten an multinationalen Operationen zur Wahrung oder Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die durch den Sicherheitsrat**

**der Vereinten Nationen ermächtigt worden sind.**

**Was meint nun der Begriff „Sicherheit“?**

**Es besteht weitgehend Konsens darüber, dass wir Sicherheit heute viel umfassender definieren als Verteidigung.**

**Das beginnt mit der Perspektive. Früher war ganz selbstverständlich der Staat alleiniger Ausgangspunkt und Ziel aller Sicherheitspolitik. Nur die Sicherheit eines Staates war wichtig. Heute ist es die Gesellschaft, ja der einzelne Mensch mit seinen Grundrechten. Das hat das Denken über militärische Interventionen massiv verändert.**

**Wir Deutschen haben nur einen Begriff für Sicherheit. Im Englischen gibt es dafür zwei Begriffe: „Safety“ und „Security“.**

**Mit „Safety“ ist gemeint, in ein Auto zu steigen, von dem man annimmt, dass es sicher fährt. Mit „Security“ meinen wir die Gewissheit, auf der Straße nicht überfallen zu werden, die öffentliche Sicherheit, oder etwas weiter gefasst: Den Frieden in der Welt.**

**Wir sehnen uns nach „security“ in der Weise, wie wir „safety“ meinen.**

**Gewissermaßen eine Lebensversicherung gegen Gewalt und Unsicherheit. Das geht aber nicht.**

**Ich spreche im Folgenden natürlich von Sicherheit im Sinne von „Security“.**

**Sicherheit hat unterschiedliche Dimensionen. Wir definieren Sicherheit heute nicht mehr rein militärisch, im Sinne von Krieg oder Nicht-Krieg.**

**Wenn wir heute über internationale Sicherheit sprechen, denken wir auch an soziale, demographische, religiöse, ökologische und wirtschaftliche Aspekte.**

**In unserer säkularisierten Welt haben wir verlernt, die gleichermaßen schöpferische wie zerstörerische Kraft der Religion richtig einzuschätzen. Dabei sollten gerade wir in Europa wissen, was damit gemeint ist.**

**Ökonomische Ungerechtigkeit in anderen Teilen der Welt, religiöse Konflikte, Korruption und schwache staatliche Institutionen fördern Instabilität, können zu Konflikten und Bürgerkriegen führen, die Auswirkungen auf Europa und Deutschland haben.**

**Das ist wohl keine ganz neue Erkenntnis, denn eigentlich war das schon immer so: Man denke an die Völkerwanderungen,**

**an die Kreuzzüge oder an den  
Dreißigjährigen Krieg.**

**Aber heute fließt diese Erkenntnis  
vielleicht stärker als zuvor in das  
sicherheitspolitische Denken und  
Handeln ein. Die historisch gesehen  
kurze Zeit nationalstaatlicher Konflikte  
und Kriege hat uns den Blick auf  
Konfliktursachen früherer Zeiten  
verstellt.**

**Ein Blick auf die sicherheitspolitischen  
Krisenherde verdeutlicht, wie sehr auch  
die geografische Weite unseres  
Sicherheitsbegriffs gewachsen ist.**

**Von jedem Ort dieser Welt kann eine  
Gefahr für unsere Sicherheit ausgehen:  
Terroristen werden irgendwo in der Welt  
geboren, in Europa, auch in Deutschland  
radikalisiert und in Waziristan oder  
Somalia trainiert; sie planen ihre**

**Anschläge auch von Hamburg aus und schlagen in New York zu.**

**Wir erleben neue Dynamiken: Wir müssen uns auseinandersetzen mit einer Vielzahl von Risiken und Bedrohungen, die in unterschiedlichen Regionen, zu unterschiedlichen Zeitpunkten, mit unterschiedlicher Intensität und in unterschiedlicher Kombination auftreten können.**

**Hinzu kommen neue Gefahren, die unsere Sicherheit bedrohen: Cyberangriffe, unkontrollierte Migration, Flüchtlingsströme, Piraterie, Proliferation von Massenvernichtungsmitteln, internationaler Terrorismus.**

**Neben klassisch symmetrischen Konflikten zwischen Staaten, die es immer noch gibt (Iran-Israel), treten heute vermehrt asymmetrische**

**Bedrohungen auf: Staaten, die sich ans Völkerrecht gebunden fühlen, stehen Menschen oder Gruppen gegenüber, die sich an keine Regeln halten, die Frauen, Kinder, Zivilisten als Schutzschild oder Ziel missbrauchen.**

**Schwache Staaten werden zum Rückzugsgebiet solcher Gruppierungen. Im Gegensatz zu früher erwachsen Krisen heute überwiegend nicht daraus, dass Staaten zu stark werden könnten – vielleicht mit Ausnahme des Iran –, sondern Krisen erwachsen daraus, dass Staaten zu schwach geworden sind.**

**In den Regionen, in denen Staaten in ihrer Existenz oder Regierungen in ihrer Autorität – wie auch immer sie legitimiert sein mag – so sehr geschwächt sind, dass sie ihr staatliches Gewaltmonopol nicht mehr effektiv durchsetzen können, werden private Interessen oder**

**fundamentalistische Ideologien mit Gewalt durchgesetzt. Ein politisches Vakuum zieht die falschen Leute an.**

**Das erleben wir gerade auch in Mali. Dieses Land hatte in den letzten Jahren einen bemerkenswerten Weg zurückgelegt und sich dabei weniger auf die Entwicklung der eigenen Sicherheitskräfte als auf die Stärkung der Demokratie und der wirtschaftlichen Entwicklung konzentriert. Nun stellte sich aber heraus, dass die malischen Sicherheitskräfte zu schwach waren, um die territoriale Integrität des Landes aufrechtzuerhalten. Die Oberhand haben am Ende die bekommen, die mehr und stärkere Waffen hatten.**

**Waffen sind heute günstiger und einfacher zu bekommen denn je. Allein beim Bürgerkrieg in Libyen sind tausende Waffen aus staatlicher**

**Kontrolle in private Hände gewechselt –  
viele von diesem Material finden wir  
nun in den Händen der islamistischen  
Terroristen in Mali. In Syrien droht  
Ähnliches.**

**Und mancherorts gehört der  
Waffenhandel längst zur  
gesellschaftlichen Normalität: In  
Peshawar an der Grenze zwischen  
Pakistan und Afghanistan können Sie  
heutzutage fast jede Waffe der Welt  
kaufen.**

**Das bedeutet für uns in Deutschland und  
in Europa manch bittere Erkenntnis. Ich  
will nur drei formulieren.**

**Erste Erkenntnis: Gegen diese Gefahren  
kann man sich nicht ganz abschirmen.  
Es gibt keine Insel der Seligen mehr auf  
der Welt. Auch Deutschland nicht. Es  
gibt keine Versicherung gegen**

**Unsicherheit. Absolute oder isolierte Sicherheit gibt es nicht. Vielleicht hat es sie auch nie gegeben.**

**Wir können keine große Schweiz werden – und selbst die Schweiz ist keine Insel der Seligen.**

**Wir sind verwundbarer geworden: Der Welthandel und die globalen Kommunikationsnetze lassen sich mit einfachen und billigen Mitteln stören.**

**Dazu sind heute nicht einmal mehr Waffen und Kriegsmittel im eigentlichen Sinne nötig. Ein Laptop und grundlegende Hackerqualitäten reichen für ziemlich viel aus. Und von Rohstoffblockaden, von herbei geführten Verseuchungen oder Finanzkatastrophen rede ich schon gar nicht.**

**Zweite Erkenntnis Solche Gefahren kann man nicht alleine militärisch abwehren, solche Konflikte lassen sich nicht alleine militärisch lösen.**

**Das Militärische kann aber einen Beitrag zu dauerhafter Stabilität und Sicherheit leisten, manchmal und in bestimmten Situationen sogar den einzigen. Und das Politische kann manchmal nur mit Hilfe des Militärischen erfolgreich sein. Diese Wechselwirkung muss man sehen, wenn man fordert, von jeglicher militärischer Gewalt Abstand zu nehmen.**

**Wir brauchen Beides: Militärische Maßnahmen, um Sicherheit herzustellen, und politische Maßnahmen, um Sicherheit zu halten und Frieden zu schaffen.**

**Das führt zur dritten Erkenntnis: Wir können uns unserer internationalen**

**Verantwortung nicht entziehen – schon gar nicht aus eigenem Interesse. Wir können nicht nur Nutznießer einer offenen Welt sein. Und ich füge hinzu: Das wollen und können wir auch gar nicht. Wir kennen unsere Verantwortung.**

**Das schlägt sich nieder in unseren politischen Entscheidungen und in unserem staatlichen Handeln.**

**Wir agieren internationaler. Kein Staat kann die neuen Herausforderungen in ihrer Dynamik und Komplexität allein bewältigen.**

**Wir handeln vernetzter als bisher. Staatliches Handeln allein und erst Recht Soldaten oder Polizisten allein können Sicherheit nicht mehr herstellen.**

**Die Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen, Kirchen,**

**Stiftungen und Wirtschaftsinitiativen gewinnt auch für die Sicherheitspolitik an Bedeutung.**

**Deshalb bemühe ich mich auch darum, diese Institutionen in die grundsätzliche sicherheitspolitische Debatte einzubeziehen.**

**Mit den Kirchen stehen wir bereits seit Längerem in einem sehr fruchtbaren Austausch. Das gilt für die Amtskirche ebenso wie für kirchliche Initiativen (Pax Christi). Wir diskutieren über ethische Fragen, etwa beim Einsatz von Drohnen, oder bei humanitären Einsätzen.**

**Ich diskutiere in verschiedenen Foren und Formaten mit den Wirtschaftsverbänden und mit den Gewerkschaften. Gestern war ich, als erster Verteidigungsminister seit Helmut Schmidt, im Bundesvorstand des DGB.**

**Und in drei Wochen referiere und diskutiere ich bei der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung über die Rolle des Militärs in der deutschen Sicherheitspolitik.**

**Wenn wir einen breiten gesellschaftlichen Diskurs führen wollen und wenn wir im Einsatz vernetzt handeln wollen, dann müssen wir überhaupt erst einmal mit allen Akteuren sprechen.**

**Eine weitere Lektion: Wir gehen stärker als bisher präventiv vor. Wir werden Bedrohungen früher und am Ort ihrer Entstehung begegnen müssen.**

**Prävention bedeutet auch, Konflikte frühzeitig erkennen zu können, um sie auf Distanz halten zu können. Wir sind von vielen Konflikten, in denen wir heute stehen, überrascht worden.**

**Dabei müssen wir auch die schwierige Frage stellen, ob wir mit „ultima ratio“ des Militärischen das letzte oder das äußerste Mittel meinen.**

**Könnte manchmal das frühere Einsetzen von bescheideneren militärischen Mitteln als äußerstes Mittel bewirken, dass wir nicht viel später als letztes Mittel militärische Gewalt in größerem Umfang einsetzen müssen? Eine ethisch und militärisch schwierige Frage.**

**Es ist einfach, militärisches Eingreifen zu verurteilen und nach „politischen“ Lösungen zu rufen. Das höre ich jeden Tag.**

**Und wenn dann das Blutvergießen stattfindet, ist es einfach, rasch nach einem militärischen Eingreifen zu rufen. Das höre ich auch jeden Tag.**

**Niemand drängt sich nach Einsätzen, erst recht nicht die Soldaten und auch nicht ihr Verteidigungsminister. Aber: Ebenso sehr, wie wir mit der Entscheidung zum militärischen Eingreifen Schuld auf uns laden können, gilt das auch für die Entscheidung, nicht militärisch einzugreifen.**

**Beim Völkermord 1994 in Ruanda zum Beispiel ist das offenkundig geworden. Innerhalb von 100 Tagen wurden über 800.000 Menschen getötet. Und wir haben zugeschaut, wenn auch nicht mit der gleichen medialen Nähe wie heute. Heute ist sich die internationale Staatengemeinschaft und auch die deutsche Öffentlichkeit einig, dass es ein Fehler war, der Gewalt nicht militärisch entgegen zu treten.**

**Und dennoch haben wir lange gebraucht, um diese Lehre auf die Verhältnisse im**

**Kosovo anzuwenden und dort einzugreifen, sogar ohne VN-Mandat.**

**Mancher fragt heute: Und was war bei Libyen? Und was ist mit Syrien? Dort gibt es nun mehr über 60.000 Tote und wir greifen auch nicht ein. Ich verstehe diese Frage und sie treibt mich auch um. Aber kein Konflikt ist vergleichbar mit dem anderen.**

**Das zeigt: Wir brauchen eine grundsätzliche Debatte.**

**Klar ist: Für die Frage nach Einsatz oder Nichteinsatz kann es keine Patentlösung geben. Es darf und wird nie einen Einsatzautomatismus geben. Es muss eine Abwägung im Einzelfall erfolgen.**

**Das wird den besonderen Bedingungen jedes denkbaren Einsatzszenarios gerecht. Es entspricht dem Ernst der**

**Entscheidung. Und es ist auch strategisch notwendig: Der Einsatz militärischer Mittel darf nie kalkulierbar sein.**

**Ich will nun einige Maßstäbe für diese Entscheidungen formulieren.**

**Erster Maßstab: Sind die Bedingungen unserer Verfassung erfüllt?**

**Dazu habe ich eingangs bereits etwas gesagt. Das Grundgesetz macht den Einsatz deutscher Soldaten – abgesehen vom Notstand im Innern und stets unter der Maßgabe, der Wahrung und Wiederherstellung des Friedens zu dienen – in drei unterschiedlichen Fällen möglich: Zur Landesverteidigung, zur Verteidigung im Bündnis und zur Wahrung des Friedens im Auftrag der Vereinten Nationen.**

**Es ist noch relativ leicht zu beantworten, ob dieser Maßstab erfüllt ist.**

**Zweiter Maßstab: Besteht eine völkerrechtliche Legitimation und unterstützt eine Mehrheit im Deutschen Bundestag den Einsatz?**

**Es ist das Ziel deutscher Sicherheitspolitik, den Einsatz militärischer Mittel möglichst immer durch ein Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen völkerrechtlich zu legitimieren.**

**Deutschland bringt militärische Mittel in Abstimmung und – wenn möglich – gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern in der Welt zum Einsatz.**

**Deutschland unternimmt keine nationalen Alleingänge Eine Ausnahme stellt allerdings die Befreiung deutscher**

**Staatsbürger dar. Das machen wir zur Not auch alleine.**

**Bei einem international beschlossenen Einsatz sind die deutschen Soldaten an das jeweilige Mandat der Organisation oder des Bündnisses gebunden, das die Operation durchführt – und an das Mandat des Deutschen Bundestags.**

**Das hat etwa für Mali ganz konkrete Konsequenzen: Die Vereinten Nationen haben die afrikanischen Staaten aufgefordert, in Mali zu intervenieren und andere Staaten, die afrikanischen Staaten dabei zu unterstützen. Die Bundesregierung leistet diese Unterstützung.**

**Hinzu tritt das erforderliche Mandat des Deutschen Bundestags, sofern die vom Bundesverfassungsgericht formulierte „Einsatzschwelle“ erreicht ist.**

**Das ist für die Soldaten sehr wichtig. Es ist deshalb unser Bemühen, für Einsätze der Bundeswehr, die mandatspflichtig sind, eine breite Mehrheit im Deutschen Bundestag zu schaffen. Oft gelingt es. Nicht immer, aber meistens.**

**Dritter Maßstab: Ist der Einsatz sicherheitspolitisch und / oder humanitär geboten?**

**Als Bundesregierung haben wir uns zu einer Außen- und Sicherheitspolitik verpflichtet, die wertegebunden und interessengeleitet ist.**

**Wertegebunden bedeutet, unserem Handeln die Prinzipien unserer freiheitlich demokratischen Ordnung zugrunde zu legen. Diese Werte können uns auch zur Solidarität und zur aktiven Hilfe verpflichten, wo es humanitär geboten und völkerrechtlich möglich ist.**

**Interessengeleitet bedeutet, im Sinne der sicherheitspolitischen Interessen unseres Landes zu handeln.**

**Nicht immer aber sind Werte und Interessen deckungsgleich. Das kennen wir aus unserem täglichen Leben. Das gilt auch für die Außen- und Sicherheitspolitik.**

**Wir haben Interessen auch in Regionen der Welt, wo unsere Werte nicht so geachtet werden wie bei uns. Nicht alle Regierungen achten Menschenrechte so wie wir. Aber: Auf einem Fest können Sie immer nur mit den Mädchen tanzen, die da sind.**

**Das führt zu schwierigen Abwägungen. Weder dürfen sich allein Werte ohne Interessen noch Interessen ohne Wertebezug vollständig durchsetzen.**

**Außerdem muss es nicht immer zwingend um unmittelbare deutsche Interessen gehen: Die UN-Charta verleiht dem UN-Sicherheitsrat das Recht, militärische Maßnahmen zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Falle von Verstößen zu ergreifen oder zu autorisieren (Art. 39 und 42 UN-Charta).**

**Dann sind die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen aufgerufen, diesen Beschluss in die Tat umzusetzen – auch dann, wenn nicht eigene Interessen unmittelbar berührt sind. Sonst könnte man die Vereinten Nationen abschaffen.**

**Aus der Erfahrung von Ruanda hat die internationale Staatengemeinschaft das Konzept der Schutzverantwortung als weitere völkerrechtliche Legitimation für ein militärisches Eingreifen entwickelt.**

**Was heißt das? Wenn sich ein Staat mit massivster Gewalt gegen die eigenen Bürger wendet, wenn es zu anhaltenden und schwersten Verstößen gegen die Menschenrechte kommt, dann kann der UN-Sicherheitsrat über das Prinzip der Nichteinmischung in nationale Angelegenheiten hinweg „kollektive Maßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta“ ergreifen. Das umfasst auch den Einsatz militärischer Mittel.**

**Es wird sich noch zeigen, wie weit dieses Konzept in konkreten Krisen zum Tragen kommt. In Libyen etwa ist die Norm angewandt worden zum Sturz von Gaddafi. In jedem Fall gibt es dem Einsatz militärischer Mittel im Rahmen einer humanitären Intervention den notwendigen rechtlichen Rahmen.**

**Hieraus erwächst ein Recht zur Intervention, aber keine Pflicht zur**

**Beteiligung. Viele NGOs sehen das anders. Ich sehe die Pflicht, eine verantwortliche Entscheidung zu treffen.**

**Vierter Maßstab: Ist ein Einsatz politisch klug und lassen ihn unsere Fähigkeiten überhaupt zu?**

**Auch wenn das Grundgesetz und das Völkerrecht einen Einsatz erlauben und er humanitär vielleicht sogar geboten ist, müssen wir uns zusätzlich fragen:**

- **Ist in der gegebenen Situation eine militärische Intervention grundsätzlich geeignet, mindestens langfristig mehr Positives als Negatives zu bewirken?**
- **Wir müssen die Erfolgsaussichten realistisch einschätzen. Das ist für mich die wichtigste Lektion aus dem Einsatz in Afghanistan. Es ist relativ leicht, einen Einsatz mit**

**menschenrechtlichen Zielen zu  
beginnen; aber viel schwieriger, ihn  
mit dem gewünschten Ergebnis zu  
beenden.**

- **Wir müssen uns vor jeder Intervention fragen: Können wir überhaupt helfen? Womit? Helfen wir den Richtigen? Sind diejenigen, die heute ein Regime stürzen, in Zukunft verlässliche Partner für uns? Was, wenn nicht?**
- **Wir müssen prüfen, wie ein militärischer Eingriff in der Einsatzregion akzeptiert wird. Für jeden Einsatz braucht man Partner vor Ort.**
- **Ein mögliches militärisches Vorgehen muss immer Teil eines gemeinsamen politischen Konzepts sein, dessen Tragfähigkeit über den gemeinsamen Streitkräfteeinsatz hinausreicht.**

- **Wir müssen die Folgen einer Beteiligung und einer Nichtbeteiligung für vitale bilaterale Beziehungen unseres Landes und für die internationalen Beziehungen insgesamt bedenken. Dazu gehört auch Bündnissolidarität.**
- **Wir sollten uns mit Verbündeten über ein mögliches militärisches Eingreifen abstimmen. Wer macht überhaupt mit? Finden sich genügend Verbündete für ein militärisches Vorgehen? Ist es gut, wenn viele dabei sind – oder besser nur wenige?**
- **Wir müssen prüfen: Haben wir die notwendigen Fähigkeiten – militärisch, finanziell, personell? Sind wir mit unseren Einsätzen ausgelastet? Stehen Aufwand und möglicher Erfolg in einem angemessenen Verhältnis? Wie hoch ist der Preis? Wie hoch ist**

**der Blutzoll, wie hoch sind die finanziellen Kosten? Sind wir bereit, den Preis zu zahlen?**

**Diese verschiedenen Prüfpunkte haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aber sie geben einen Eindruck davon, welche Erwägungen einem Einsatz der Bundeswehr vorangehen müssen.**

**Sie sind auch eine Hilfe dabei, die Einsätze der Bundeswehr öffentlich zu begründen – oder abzulehnen. Diese Begründung sollte nicht pathetisch, sondern vor allem nachvollziehbar und dauerhaft belastbar sein. Auch das ist eine Lehre aus der öffentlichen Debatte über den Afghanistan-Einsatz.**

**Meine Damen und Herren!**

**Wir werden uns diese Fragen in Zukunft häufiger stellen müssen. Denn wir**

**werden häufiger gefragt werden,  
sicherheitspolitische Verantwortung zu  
übernehmen.**

**Die Bundeswehr ist ein zentrales  
Instrument deutscher Sicherheitspolitik:  
Ihr Aufgabenspektrum umfasst neben  
Landes- und Bündnisverteidigung heute  
längst auch Einsätze zur  
Krisenbewältigung und  
Konfliktverhütung – über Grenzen von  
Nationalstaaten hinweg und weltweit.**

**Der Dienst der Soldaten im Einsatz  
besteht aus Helfen, Schützen, Aufbauen  
und Kämpfen – manchmal nur das eine,  
manchmal alles gleichzeitig. Jeder  
Einsatz ist anders. Die Rolle der Soldaten  
in den Einsätzen hat sich massiv  
verändert: Soldaten dienen heute dem  
Wiederaufbau staatlicher Strukturen zum  
Schutz der Menschen.**

**Und darin sind wir erfolgreich. Dieser Erfolg und unsere Position als starkes Mitglied der internationalen Gemeinschaft werden dazu führen, dass Deutschland – ob wir wollen oder nicht – künftig häufig gefragt werden wird, mit militärischen Mitteln zu helfen.**

**Eine Zahl verdeutlicht, welche Diskussionen auf internationaler Ebene hier vor uns liegen: 90 Prozent der Soldaten für Missionen der Vereinten Nationen kommen aus Entwicklungsländern. 90 Prozent der Kosten zahlen die reichen Länder. Die einen stellen Soldaten, die anderen zahlen die Rechnung: Ist das eine gerechte Verteilung der gemeinsamen Verantwortung für Sicherheit?**

**In jedem Fall wird sich diese Verteilung nicht aufrecht erhalten lassen. Denn die Entwicklungsländer entwickeln sich.**

**Und fast sieben Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkriegs gibt es keine militärische Sonderrolle Deutschlands mehr. Und wenn es eine gibt, dann gilt sie heute eher umgekehrt: Die Welt sieht uns aufgrund unserer Geschichte besonders dazu verpflichtet, dem Frieden weltweit zu dienen – auch militärisch.**

**Wenn es keine Sonderrolle mehr gibt, heißt das: wir dürfen selbstbewusst „ja“ und „nein“ sagen.**

**Deutschland ist für sein internationales Engagement sehr hoch angesehen. Das gilt auch und gerade für die Einsätze der Bundeswehr.**

**6.200 Soldaten [Stand 31.01.2013] dienen aktuell in den verschiedenen Einsätzen: Wir sind drittgrößter Truppensteller in Afghanistan und Führungsnation im**

**Einsatz auf dem Balkan. Wir schützen unseren Bündnispartner Türkei an der Grenze zu Syrien, wir unterbinden den illegalen Waffenhandel vor der Küste des Libanon und wir leisten unseren Beitrag in Einsätzen vor und auf dem afrikanischen Kontinent.**

**All das hält einem Vergleich mit unseren europäischen Partnern stand.**

**Meine Damen und Herren!**

**Vor dem Hintergrund dieses veränderten sicherheitspolitischen Umfelds und unserer internationalen Verantwortung hat die Bundesregierung die Neuausrichtung der Bundeswehr entschieden. Das umfasst mehr als nur die Aussetzung der Wehrpflicht oder die Schließung von Standorten. Wir stellen die Bundeswehr so auf, dass sie auch**

**neuen Herausforderungen aus ihrer Struktur heraus begegnen kann.**

**Die Herausforderung für uns besteht darin, bei bleibender Begrenzung der finanziellen Mittel das breite Fähigkeitsspektrum zu erhalten und mehr Soldaten als bisher durchhaltefähig in den Einsatz schicken zu können.**

**Unsere Zielvorgabe lautet: Wir wollen mit 10.000 Soldaten durchhaltefähig zwei größere und vier kleinere Einsätzen erfüllen können.**

**Dafür sind tiefgreifende Veränderungen nötig: Von den 6.400 Organisationseinheiten der Bundeswehr, nicht zu verwechseln mit Standorten, werden im Zuge der Neuausrichtung knapp 5.000 umgeplant oder völlig neu ausgestaltet.**

**Das heißt konkret: Gewohnte Strukturen und Prozesse werden umgestaltet, viele Standorte werden geschlossen oder verkleinert.**

**Vertraute Orte, Einheiten und soziale Netzwerke verlassen zu müssen, sich in neuen Strukturen und Abläufen zurecht zu finden – das verlangt viel von jedem einzelnen Soldat und Mitarbeiter sowie von seiner Familie.**

**Das ist der Hintergrund mancher Wortmeldung dieser Tage über den Zustand der Bundeswehr, über Unsicherheit und „schlechte Stimmung in der Truppe“. Ich sehe die Belastungen durch Einsätze und Neuausrichtung.**

**Aber die Truppe deshalb gleich als „ausgebrannt“ oder „überlastet“ zu bezeichnen, wird weder den Tatsachen gerecht noch den Soldaten, die ihren**

**Dienst mit Selbstbewusstsein und Stolz erfüllen.**

**Wir. Dienen. Deutschland. – diese neue Kernbotschaft der Bundeswehr ist nicht von findigen – und teuren – Werbeagenturen entwickelt worden, sondern von Soldaten und Mitarbeitern der Bundeswehr.**

**Das bringt mich zurück zum Motto dieses Forums und zur Haltung dahinter. Nur mit einer solchen Haltung können wir Wandel bestehen und gestalten – sei es nun der sicherheitspolitische Wandel für Deutschland und die Bundeswehr oder der wirtschaftliche Wandel für das Ruhrgebiet.**

**Bei meinen Besuchen in den Einsatzgebieten und an den Standorten der Bundeswehr erlebe ich unzählige Soldaten und Mitarbeiter der**

**Bundeswehr, die genau diese Haltung verkörpern. Natürlich muss man bei der Bundeswehr auch Geld verdienen und Karriere machen können. Aber das ist nicht das einzige, was unsere Soldaten in ihrem Dienst motiviert.**

**Ihr Dienst verdient gesellschaftliche Wertschätzung. Damit wir diesen Dienst in der Breite der Gesellschaft überhaupt zu würdigen wissen, brauchen wir eine breite sicherheitspolitische Debatte. Weit über den Kreis der sicherheitspolitischen Experten hinaus. Überall. Der heutige Abend ist dazu ein Beitrag.**

**Nur so können wir das notwendige Bewusstsein für die Herausforderungen unserer Zeit schaffen – und einen breiten gesellschaftlichen Konsens für unsere Antworten darauf.**

**Dieser Konsens sollte in einem Land wie Deutschland auch die Bereitschaft für ein starkes internationales Engagement einschließen.**

**Das fordern unsere Werte. Das dient unseren Interessen. Und das entspricht unserer internationalen Verantwortung.**